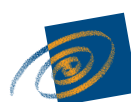


AKTIVE BÜRGERSCHAFT

Aktive Bürgerschaft Positionspapier

Innovationen für die Bürgergesellschaft



Aktive Bürgerschaft: Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der
genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken



Impressum

Herausgeber:
Aktive Bürgerschaft e.V.
Geschäftsstelle
Reinhardtstraße 25
10117 Berlin
Tel. 030 2400088-0, Fax -9
info@aktive-buergerschaft.de
www.aktive-buergerschaft.de

Kuratorium: Werner Böhnke (Vorsitzender)
Vorstand: Dr. Peter Hanker (Vorsitzender)
Geschäftsführer: Dr. Stefan Nährlich
Leiterin Presse und Kommunikation:
Christiane Biedermann
Gestaltung: Ayşe Gökmenoğlu
© 2014 Aktive Bürgerschaft e.V., Berlin

Autor: Dr. Stefan Nährlich

In dieser Publikation wird ausschließlich aus Gründen der besseren Lesbarkeit überwiegend die männliche Sprachform verwendet. Bei allen männlichen Funktionsbezeichnungen sind stets auch Frauen gemeint.



Aktive Bürgerschaft: Innovationen für die Bürgergesellschaft

„Aktive Bürgerschaft: Gutes besser tun! Wir machen innovative Engagementkonzepte praxistauglich und setzen sie mit Partnern bundes- oder landesweit um.“

Entsprechend ihres Leitmotivs gibt die Aktive Bürgerschaft Impulse für die Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft. Exemplarisch zeigt sich dies bei der Förderung von Bürgerstiftungen in Deutschland. Dabei wurde mit der Gründung der Aktiven Bürgerschaft selbst Neuland in Deutschland betreten: ein gemeinnütziger Verein, der bundesweit bürgerschaftliches Engagement fördert und von einer Bankengruppe getragen wird. Mit ihren Wurzeln in der Dritte-Sektor-Forschung entstand die Aktive Bürgerschaft Mitte der 1990er Jahre als Teil eines innovativen Aufbruchs, bürgerschaftliches Engagement mit neuen Ansätzen zu fördern. Die Arbeit von Annette Zimmer hat hierfür den Weg mit bereitet.

Deutsche Fassung des Beitrages in der Festschrift für Annette Zimmer.

Nährlich, Stefan (2014): *Aktive Bürgerschaft: Innovations for Civil Society in Germany*. In: Matthias Freise/Thorsten Hallmann (Ed.): *Modernizing Democracy: Associations and Associating in the 21st Century*. New York, S. 339 – 351

Bürgerstiftungen

In den vergangenen beiden Jahrzehnten hat das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland kontinuierlich an Beachtung und Bedeutung gewonnen. Die gesellschaftlichen Veränderungen, wie auch der Wandel des bürgerschaftlichen Engagements selbst, haben das Bild vom „Vereinsmeier“ hin zum Gesellschaft gestaltenden „aktiven Bürger“ verändert. Dabei geht es aber nicht nur um den engagierten Bürger, sondern auch um gemeinnützige Organisationen, die dem Engagement erst Nachhaltigkeit verleihen, und um Strukturen, die individuelles Engagement fördern und stärken. In Fachkreisen wird in diesem Zusammenhang oft von Engagement fördernder Infrastruktur gesprochen.

Eine große Beachtung finden dabei die Bürgerstiftungen. Mit ihnen haben sich erstmals in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland landesweit eine Idee und ein Konzept etabliert, um aus privater Initiative nachhaltig Eigenkapital der Bürgergesellschaft aufzubauen und bürgerschaftliches Engagement vor Ort zu fördern. Eine Idee und ein Konzept, die nicht durch politischen Willen entstanden sind, die sich nicht nach den Förderwegen – und leider auch manchmal -irrwegen – von Bundesmodellprogrammen richten mussten und die weitgehend frei von staatlicher Förderung und Einflussnahme sind. Diese spezielle Stiftungsform nach dem Vorbild der angelsächsischen Community Foundation gilt als besonders geeignete und zeitgemäße Form, bürgerschaftliches Engagement dauerhaft und mit örtlichem Bezug zu organisieren (Aktive Bürgerschaft 2013a, Nährlich u.a. 2005).

Seit Gründung der ersten Community Foundation im Jahr 1914 durch Frederick Goff sind in den USA bis heute nicht nur über 700 Community Foundations mit einem Gesamtstiftungsvermögen von ca. 50 Milliarden Dollar entstanden, das Konzept der Bürgerstiftung ist darüber hinaus ein weltweiter Exportschlager geworden. So entstand bereits 1921 in Kanada die erste Bürgerstiftung außerhalb der USA, 1976 in England die erste Europas. Seit Mitte der 1990er Jahre hat die Bürgerstiftung eine globale Verbreitung gefunden. Heute gibt es weltweit mehr als 1.680 Bürgerstiftungen in 50 Ländern dieser Welt (WINGS 2010), seit 1996 auch in Deutschland. Hier hat sich das Konzept mit großer Dynamik verbreitet, wie die nachfolgende Tabelle 1 zeigt. Inzwischen verfügen die mehr als 348 Bürgerstiftungen in Deutschland über ein Vermögen von 235 Millionen Euro, das sie mehrheitlich in Projekte und Förderung für Bildung und Erziehung investieren. Rund 12.000 Ehrenamtliche engagieren sich in Projekten, Geschäftsstellen und Gremien (Aktive Bürgerschaft 2013b). Zwar sind die meisten Bürgerstiftungen noch nicht ausreichend kapitalstark, doch wird die Zahl der Bürgerstiftungen mit einem Kapital von mehr als einer Million Euro in absehbarer Zeit vergleichsweise größer sein als unter den traditionellen Stiftungen.

Im Unterschied zu herkömmlichen Stiftungen sind Bürgerstiftungen unabhängige, nicht von einer Einzelperson oder Organisation dominierte Stiftungen, die lokal oder regional aktiv sind und ihr Stiftungskapital langfristig aufbauen und vergrößern. Das Stiftungskapital wird dabei von vielen Stiftern gemeinsam aufgebracht, die Erträge können in eine breite Anzahl von Förderzwecken fließen. Stifter können unter dem Dach der Bürgerstiftung auch Stiftungsfonds oder Treuhandstiftungen einrichten und so dauerhaft ihre individuellen gemeinnützigen Anliegen verwirklichen. Bürgerstiftungen zeichnen sich durch gewisse Partizipationsmöglichkeiten aus,

die den Stiftern und Zustiftern Mitwirkungsrechte bei der Mittelverwendung und Förderpolitik ermöglichen. Der Begriff Bürgerstiftung ist nicht lediglich ein zeitgemäßes Marketing-Label im Kontext von Bürgerengagement oder Bürgergesellschaft, sondern bezeichnet eine bestimmte Stiftungsform. Die im Arbeitskreis Bürgerstiftungen im Bundesverband Deutscher Stiftungen mitarbeitenden Bürgerstiftungen haben hierzu als Abgrenzung und Orientierung die „Zehn Merkmale einer Bürgerstiftung“ formuliert (Bundesverband Deutscher Stiftungen 2002).

Bürgerstiftungen sind auch deshalb interessant, weil sie eine institutionelle Innovation in der Organisationslandschaft der Bürgergesellschaft in Deutschland darstellen. Zwar gilt aufgrund des Fehlens einer gesetzlichen Definition jede Stiftung als Trägerin einer verselbständigten Vermögensmasse und unterscheidet sich von einem Verein dadurch, dass sie den bei Gründung festgelegten Stifterwillen nachhaltig zu erfüllen hat und nicht einem ständigen demokratischen Willensbildungsprozess ihrer Mitglieder unterworfen ist. Doch hat erstmals die Bürgerstiftung systematisch und konzeptionell die Stiftungsidee um assoziative Elemente ergänzt. Seine Umsetzung findet dies institutionell in Form der Stifternversammlung bzw. des Stifterrates, des Freundeskreises oder auch des Kuratoriums. Die Bezeichnung einer Bürgerstiftung als „Stiftung von Bürgern für Bürger“ bringt diesen Ansatz der Selbstverwaltung gut zum Ausdruck und grenzt sie von anderen Stiftungen für die Bürger ab. Gegenüber anderen sogenannten Engagement fördernden Infrastruktureinrichtungen wie Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen oder kommunalen Stabsstellen für Bürgerengagement weisen Bürgerstiftungen einige komparative Vorteile auf.

Selbstinitiiertes und selbstorganisiertes Engagement vor Ort

Bürgerstiftungen entstehen aus privater Initiative und sind rechtsfähige Stiftungen des bürgerlichen Rechts. Sie regeln ihre interne Organisation durch die Satzung weitgehend selbständig. „Mitmachen und Mitentscheiden“ charakterisiert die Funktionsweise von Bürgerstiftungen. Die Option, zu gestalten und zu entscheiden, zählt zu den wesentlichen Motivationsfaktoren für das Engagement in Bürgerstiftungen. Über entsprechende Gremien oder Regelungen werden die Stifter und späteren Zustifter an der Willensbildung beteiligt. Dies kann z.B. die Entscheidung über Förderschwerpunkte ebenso betreffen wie die Festlegung über die konkrete Verwendung der Erträge aus dem Stiftungsvermögen. Hier überlässt der Gesetzgeber den Bürgerstiftungen einen großen Gestaltungsspielraum, wobei zu beachten ist, dass der Aufgabenkatalog einer Stifternversammlung nicht an die Aufgaben einer Vereinsmitgliederversammlung angenähert wird. Bürgerstiftungen werden grundsätzlich ausschließlich lokal oder regional aktiv.

Nachhaltigkeit und Unabhängigkeit durch den Aufbau von zivilgesellschaftlichem Eigenkapital

Bürgerstiftungen finanzieren sich wie alle Stiftungen grundsätzlich durch Erträge aus dem Stiftungsvermögen. Das Stiftungsvermögen selbst bleibt unangetastet. Bürgerstiftungen sind wie Stiftungen grundsätzlich auf ewig angelegt. Ihr Stiftungskapital macht die Stiftung langfristig unabhängig von der wirtschaftlichen Situation, politischen Mehrheiten und der wechselnden Spendenbereitschaft der Bürger. Im Gegensatz zu Vereinen muss eine Stiftung ihr Geld nicht zeitnah verwenden, sondern kann langfristig arbeiten. Nachträgliche Erhöhungen des Stiftungsvermögens, sogenannte Zustiftungen, können entweder in dem Stiftungsvermögen aufgehen oder als namensgebundene Fonds verwaltet werden, deren Erträge nur bestimmten

Zwecken dienen. Da das Stiftungsvermögen langfristig durch viele Zustiftungen erhöht wird, kann es sich jeder leisten, Stifter oder Stifterin zu werden. Es ist auch möglich und üblich, an Stiftungen zu spenden (Geld- und Sachspenden).

Vielfältige, dauerhafte und doch flexible Engagementmöglichkeiten durch multifunktionale Aufgabenwahrnehmung

Bürgerstiftungen ermöglichen durch ihre vielfältigen Funktionen ebenso langfristiges institutionalisiertes Engagement wie verschiedene Formen zeitlich befristeten Engagements bis hin zu spontanen oder einmaligen Engagementmöglichkeiten. Idealtypisch nehmen Bürgerstiftungen vier Funktionen wahr: Als Fundraiser haben Bürgerstiftungen die Aufgabe, kontinuierlich für den Aufbau eines breitgefächerten Stiftungsvermögens zu sorgen und Spenden einzuwerben. Als Dienstleister unterstützen Bürgerstiftungen Spender und Stifter bei der Vergabe von Fördermitteln, dem Finanzmanagement, der Erschließung weiterer Ressourcen oder der Öffentlichkeitsarbeit. Als Fördergeber sollen sie auf die sich neu entwickelnden und sich ändernden Bedürfnisse reagieren und innovative Entwicklungen im Bildungswesen, im Umweltbereich, in der Kultur oder im sozialen Bereich unterstützen. Bürgerstiftungen arbeiten aber auch operativ und führen zusammen mit anderen Institutionen eigene Projekte durch. Als Lobby für das Gemeinwohl können Bürgerstiftungen Katalysator des Gemeinwesens sein und neue Partnerschaften zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ermöglichen.

Breites Engagement für eine Kultur der Bürgergesellschaft

Bürgerstiftungen fördern kulturelle, soziale, bildungspolitische und sonstige gemeinnützige Anliegen. Durch ihre lokale Ausrichtung und ihren breiten Stiftungszweck können die Bürgerstiftungen flexibel auf die gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft reagieren. Gleichzeitig bieten sie viele Formen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Stiftern, Vereinen, Unternehmen, Kirchengemeinden und Kommunen. Insofern ist eine Bürgerstiftung in der Regel auch keine Konkurrenz für bereits bestehendes Engagement in Vereinen und Stiftungen vor Ort, sondern vielmehr eine oft notwendige Bündelung der Kräfte. Darüber hinaus trägt dieser Ansatz dazu bei, die klassische Segmentierung der deutschen Ehrenamtslandschaft in Sport, Kultur, Soziales, Umwelt usw. aufzuweichen und bürgerschaftliches Engagement an sich als gesellschaftlichen Wert stärker ins Bewusstsein zu rücken. An vielen Orten entwickeln sich Bürgerstiftungen zum ersten Ansprechpartner für Bürgerengagement.

mitStiften! Mit Geld, Zeit, Ideen

Seit 2002 fördert die Aktive Bürgerschaft bundesweit die Entwicklung von Bürgerstiftungen in Deutschland. Stand anfänglich vor allem die Unterstützung von Initiativen zur Gründung von Bürgerstiftungen im Zentrum der Arbeit, kommt seit einigen Jahren der Hilfe bei Managementaufgaben und Projekten sowie bei der Gewinnung von Stiftern und Aktiven mehr Bedeutung zu. Hierfür hat die Aktive Bürgerschaft verschiedene Ratgeber und Praxistoolkits entwickelt, bietet Beratung, Weiterbildungen und Gelegenheiten zum regionalen Austausch der Bürgerstiftungen untereinander an (Hellmann und Grabsch 2014). Mit dem Förderpreis Aktive Bürgerschaft und der Kampagne mitStiften + mitGewinnen trägt die Aktive Bürgerschaft zur größeren öffentlichen Aufmerksamkeit für Bürgerstiftungen bei. Persönlichkeiten aus Gesellschaft, Wirtschaft, Medien und Politik bis hin zur Bundeskanzlerin und zum Bundespräsidenten unterstützen dies (Wannow 2014). Mit dem „Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends“

legt die Aktive Bürgerschaft seit 2006 jährlich eine valide Übersicht über die Entwicklung der Bürgerstiftungen in allen Bundesländern vor. Mit dem Bürgerstiftungsfinder hat der Verein im gleichen Jahr das deutsche Internet-Pendant zum angelsächsischen Community Foundation Finder entwickelt. Es ermöglicht der interessierten Öffentlichkeit einen zentralen und informativen Einstieg zu allen deutschen Bürgerstiftungen.

Wurzeln

Die programmatische Ausrichtung der Aktiven Bürgerschaft und ihr fachliches Selbstverständnis sind geprägt vom Ansatz der Dritte-Sektor-Forschung und der Arbeit von Annette Zimmer. Ich bin in meinem vierten Semester zum ersten Mal begegnet. Sie kam 1989 vom PONPO-Programm an der Yale University als Hochschulassistentin an die Universität Kassel, seinerzeit noch eine Gesamthochschule (GhK), und setzte ein neues Thema auf die Agenda der Wirtschaftswissenschaftler: Non-Profit-Organisationen (Zimmer 1996). Es folgten Seminare über Non-Profit-Management und Dritter-Sektor-Theorie, Fallstudien über Kultureinrichtungen und Wohlfahrtsverbände, empirische Projekte zu Organisations- und Finanzierungsstrukturen lokaler Vereine. Dass es Lehrveranstaltungen mit Exkursionen und Diskussionen mit Vertretern gemeinnütziger Organisationen gab, war nicht selbstverständlich.

Zu dieser Zeit war die GhK die Keimzelle der jungen Dritte-Sektor-Forschung in Deutschland. Wolfgang Seibel (1992) hatte zuvor auf der Stelle von Annette Zimmer mit seiner Theorie des Funktionalen Dilettantismus habilitiert, Kongresse in Kassel (Reese 1987) und Bad Honnef (Anheier und Seibel 1990) brachten deutsche und internationale Wissenschaftler zusammen und förderten die Entwicklung der Dritte-Sektor-Forschung in Deutschland. Mit benachbarten Fachbereichen und Lehrgebieten wie dem von Christoph Sachße (1994) fand ein reger Austausch statt. In seinen sozialpolitischen Kolloquien diskutierten Sozialpolitiker und Verbandsmanager, Pädagogen und Ökonomen über Chancen und Risiken der beginnenden Ökonomisierung der Wohlfahrtspflege und das Verhältnis von Bürgerengagement, Markt und Staat.

Die Dritte-Sektor-Forschung verband soziologisch orientierte Forschung z.B. über freiwilliges Engagement mit politik- und verwaltungswissenschaftlicher Policy-Forschung und ökonomischen Ansätzen, die gemeinnützige Organisationen vor allem als soziale Dienstleister betrachteten. Die international diskutierten Fragen knüpften an Ansätze im deutschsprachigen Raum an, beispielsweise an die politikwissenschaftliche Verbändeforschung, die sozialwissenschaftliche Vereinforschung, rechtswissenschaftliche Analysen des Stiftungswesens oder auch an die Betriebsführungspraxis von soziokulturellen Zentren und Alternativbetrieben, sehr passend für den interdisziplinären Studiengang Wirtschaftswissenschaften mit seinen betriebs- und volkswirtschaftlichen, politik- und rechtswissenschaftlichen Bestandteilen.

Das Neue des Dritte-Sektor-Ansatzes, sowohl für die Wissenschaft als auch vor allem für die Praxis, war die Betonung der Gemeinsamkeiten von gemeinnützigen Organisationen über die verschiedenen Tätigkeitsbereiche hinweg. Sportvereine waren es gewohnt mit anderen Sport-

vereinen über Sponsoring und Spenden zu reden, soziale Einrichtungen sprachen mit anderen Wohlfahrtsorganisationen über ehrenamtliches Engagement. Die Vorstellung, dass trotz unterschiedlicher Zwecke, ein Fußballverein vor den gleichen Problemen stehen kann, Spender zu gewinnen, Ehrenamtliche zu koordinieren oder Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, wie beispielsweise ein Hospiz, war ebenso wenig verbreitet wie die Annahme, man könne hier voneinander lernen. Gleiches galt für die Idee einer besonderen und eigenständigen gesellschaftlichen Funktion, die gemeinnützigen Organisationen und bürgerschaftlichem Engagement zukommen könne. Erst langsam wandelte sich das Bild vom „Vereinsmeier“ und „funktionalen Dilettanten“ zum „aktiven Bürger“ und Hoffnungsträger einer gesellschaftlichen Modernisierung (Zimmer und Priller 2005).

Auf die Lehrveranstaltungen und Projekte als studentische Hilfskraft folgten nach dem sogenannten Kasseler Modell zwei Diplomarbeiten sowie eine Doktorarbeit über das Deutsche Rote Kreuz im Modernisierungsprozess (1998) bei Annette Zimmer. Danach wurde der in Münster gerade gegründete Verein Aktive Bürgerschaft mein neuer Arbeitgeber und ich sein erster Mitarbeiter.

Aufbruch

Die Gründung des Vereins Aktive Bürgerschaft im Jahr 1997 fällt in eine Zeit, als das internationale Johns Hopkins Comparative Non Profit Sector Project auch in Deutschland einen wesentlichen Beitrag zur Sichtbarmachung des Dritten Sektors leistete und wichtige Impulse für die systematische Beschäftigung mit bürgerschaftlichem Engagement als gesellschaftlichem Reformpotenzial gab. Es ging um ein neues Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, in dem Bürgerengagement eine zentrale Rolle spielen sollte, wie es die vom Deutschen Bundestag im Dezember 1999 eingesetzte Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002) in ihrem Abschlussbericht formulierte.

Die zwei Phasen des Johns Hopkins Projektes von 1990 bis 2000 wurden in Deutschland von Wolfgang Seibel und Helmut Anheier sowie von Eckhard Priller und Annette Zimmer geleitet (Anheier u.a. 1997, Priller und Zimmer 2001). Das Forschungsprojekt hatte großen Einfluss auf die Verbreitung des Themas in der Wissenschaft. Zum ersten Mal trafen sich 1994 die Non-Profit-Forscher aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zu einem wissenschaftlichen Austausch, der seitdem als NPO-Forschungscolloquium alle zwei Jahre durchgeführt wird (Schauer u.a. 1995). Doktoranden von einem halben Dutzend Universitäten gründeten drei Jahre später den Arbeitskreis Nonprofit-Organisationen (1998), um dem akademischen Nachwuchs ein Forum zur Diskussion ihrer Arbeiten zu bieten. Förderlich für die Vernetzung zwischen Wissenschaft und Praxis, aber auch über die verschiedenen Praxisbereiche hinweg war der Beirat des Johns Hopkins Projektes.

Gleichzeitig war es eine Zeit des Aufbruchs, bürgerschaftliches Engagement mit neuen Ansätzen zu fördern. In Berlin errichtete die damalige Familienministerin Claudia Nolte 1997 mit privater Unterstützung die Stiftung Bürger für Bürger und wollte die entstehenden Freiwilligenagentu-

ren fördern und vernetzen. Rupert Graf Strachwitz gründete im gleichen Jahr das Maecenata Institut, das als Forschungs- und Dokumentationszentrum das Wissen über Philanthropie und Stiftungswesen verbessern sollte. In Gütersloh und Hannover nahmen 1996 und 1997 die ersten beiden Bürgerstiftungen in Deutschland die Arbeit auf. Das Bundesministerium für Familie und Senioren (heute BMFSFJ) hatte wenige Jahre zuvor ein Modellprogramm zur Förderung von Seniorenbüros gestartet, und in Baden-Württemberg beschäftigte man sich mit Seniorengenossenschaften und Bürgerbüros. Darauf aufbauend wurde auf Initiative der Landespolitik das erste Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement gegründet. Heute besteht eine Vielzahl unterschiedlicher lokaler Organisationen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements, häufig in prekärer Finanzierung und mit unterschiedlichen Potenzialen und Perspektiven (Wolf und Zimmer 2012).

Welche Themen die gemeinnützigen Organisationen in Deutschland vor allem bewegten, ließ sich an zwei weiteren neuen Organisationen ablesen. Im Jahr 1993 wurde mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialmarketing der Vorläufer des Deutschen Fundraising Verbandes gegründet und der Förderverein für Jugend und Sozialarbeit startete 1998 mit der Ehrenamtsakademie das erste Ausbildungsangebot für Freiwilligenmanagement in Deutschland. Einen wichtigen Beitrag für das Ausbildungsprogramm leistete Christiane Biedermann (2000), die wenige Jahre später zur Aktiven Bürgerschaft kam und heute dort die Leiterin Presse und Kommunikation ist.

Die Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland förderte nach dem Ende des Sozialismus die Robert Bosch Stiftung mit ihrem Programm „Soziale Bürgerinitiative in den neuen Bundesländern“. Starthilfeförderung von Initiativen und Projekten nicht nur im Osten gab es von der Stiftung Mitarbeit in Bonn. Sie ist ein Pionier der Demokratie-Entwicklung von unten und unterstützt seit den 1960er Jahren das Bürgerengagement in Deutschland. Auszeichnungen für engagierte Bürger und gemeinnützige Organisationen waren noch eine sehr überschaubare Angelegenheit. Seit 1965 vergibt die Theodor Heuss Stiftung alljährlich die Theodor Heuss Medaillen, die SPD hatte 1977 den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis gestiftet. Mit dem Freiherr-vom-Stein-Preis zeichnete die Alfred Toepfer Stiftung ab 1995 bürgerschaftliches Engagement in den neuen Bundesländern aus, und der verbandliche organisierte Sport vergab 1997 erstmalig den DFB-Ehrenamtspreis. Heute gibt es rund 150 bundes- und länderweite Auszeichnungen für bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, häufig inspiriert durch das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 und das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011.

Aktive Bürgerschaft

Am 20.08.1997 wurde der Verein Aktive Bürgerschaft mit der Eintragung in das Vereinsregister in Münster formell gegründet, im November 1997 nahm die Geschäftsstelle ihre Arbeit auf. Satzungsgemäßes Ziel des Vereins ist „die Wiederbelebung und Ausbreitung des Ehrenamtes im Sinne der Stärkung der Mitverantwortung für andere“ zu verfolgen. Dem ging die Überzeugung der Gründer voraus, dass die engagierte Bürgerschaft einen tragfähigen gesellschaftlichen

Modernisierungspfad „von unten“ anbietet und Bürgerinnen und Bürger kompetent sind, für sich selbst und in ihrem Nahbereich Probleme zu benennen, an geeigneten Lösungen mitzuarbeiten und für diese auch eine Mitverantwortung zu tragen. Diese gesellschaftlichen Ressourcen zu mobilisieren, dazu will der Verein Aktive Bürgerschaft beitragen. Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Medien und der genossenschaftlichen Bankengruppe bilden das Kuratorium des Vereins. Die operative Arbeit verantworteten seinerzeit fünf Vorstandsmitglieder, drei Mitarbeiter koordinierten in der Geschäftsstelle die Projekte und Maßnahmen.

Die Arbeit fing buchstäblich bei null an. Im Gebäude der genossenschaftlichen R+V-Versicherung am Aasee in Münster bekam die Aktive Bürgerschaft einige Büroräume, die frisch renoviert und bis auf die bereitgestellten Computer und Telefone natürlich leer waren. Hermann Janssen, treibende Kraft bei der Vereinsgründung und zuvor modernisierungsfreundlicher Kulturdezernent von Münster (Klenke 2008: 115), brachte seine beiden Leitz-Ordner mit den Unterlagen zur Vereinsgründung mit, ich ein paar Bücher über Dritte-Sektor-Forschung und die Krise des Wohlfahrtsstaates. Gemeinsam bauten wir den Adressverteiler auf, Janssen mit seinen Kontakten aus Parteipolitik und Kommunalverwaltungen, ich mit meinen Netzwerken aus Hochschulen und gemeinnützigen Organisationen. Gut verankert in der Gruppe der Volksbanken und Raiffeisenbanken, eröffnete ihre dezentrale Verbundstruktur aus Banken und Unternehmen, Akademien und Verbänden, Instituten und anderen Einrichtungen dem Verein bundesweit den Zugang zu lokalen und regionalen Netzwerken.

Was Annette Zimmer und ich im Vorfeld der Vereinsgründung mit dem Gutachten zur strategischen Ausrichtung der Aktiven Bürgerschaft erarbeitet hatten, füllte sich langsam mit konkreten Projekten und Programmen. Nicht selten war die Aktive Bürgerschaft dabei in den letzten fünfzehn Jahren Vorreiter oder hat neue Entwicklungen aktiv mit unterstützt. Mit dem Förderpreis Aktive Bürgerschaft wurde eine der ersten bundesweiten Auszeichnungen für bürgerschaftliches Engagement geschaffen, die nicht auf Vorschlag, sondern durch Bewerbung und fachliche Auswahl einer unabhängigen Jury verliehen wurde. Eine Auszeichnung, die sich nicht auf eine Preisverleihung beschränkt, sondern die in den Preisträgern Partner für eine weitere Kooperation sieht, zuerst im Reformnetzwerk innovativer Vereine (dRiVe), später in der Zusammenarbeit mit vielen Bürgerstiftungen. Mit der Einrichtung der Schriftenreihe „Bürgerschaftliches Engagement und Nonprofit-Sektor“ (heute "Bürgergesellschaft und Demokratie") hat Annette Zimmer zusammen mit der Aktiven Bürgerschaft erstmalig das Thema in seiner Breite und Tiefe in einer vielbeachteten wissenschaftlichen Reihe für Dissertation, Tagungsbände und Monographien etabliert. Aus dem vierteljährlichen Rundbrief Aktive Bürgerschaft aktuell ist der Nachrichtendienst Bürgergesellschaft entstanden, der als einziges Medium monatlich und entsprechend der publizistischen Sorgfaltspflicht über die bundesweit wichtigsten Ereignisse und Entwicklungen des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland informiert. Mit der Denkschrift Bürgergesellschaft (Backhaus-Maul u.a. 2012) hat die Aktive Bürgerschaft erstmalig Ideen einer ordnungspolitischen Gestaltung vorgelegt und zur Diskussion gestellt. Positionen wie eine gesetzliche Transparenzpflicht finden inzwischen eine breite Befürwortung. Um die Wirkungsorientierung bei gemeinnützigen Organisationen zu fördern, ist die Aktive Bürgerschaft vor einigen Jahren Gründungsgesellschafter der Phineo gAG geworden.

Erfolgreich ist die Arbeit der Aktiven Bürgerschaft nicht zuletzt deshalb geworden, weil sich der Verein immer auch als gesellschaftliche Plattform verstanden hat. Mit aktiven und ehemaligen Kuratoren und Vorständen wie Holger Backhaus-Maul, Kurt Biedenkopf, Warnfried Dettling, Jürgen Kocka, Paul Nolte, Heribert Prantl oder Annette Zimmer, die als Meinungsbildner und Vordenker sozialstaatlichen Wandels, Demokratie und Zivilgesellschaft wichtige Impulse geben, bis hin zum hauptamtlichen Team. Mit Juroren wie Stephan-Andreas Casdorff, Heinz Janning, Dieter Jütting, Adrian Reinert, Rupert Graf Strachwitz oder Michael Vilain haben sich immer auch Kollegen aus anderen wichtigen Institutionen für die Arbeit der Aktiven Bürgerschaft engagiert und zu ihrer fachlichen Akzeptanz und breiten Anerkennung beigetragen. Gleiches gilt für die regelmäßigen Kommentare im Nachrichtendienst Bürgergesellschaft von Gisela Jakob und Rudolf Speth.

Eine besondere Rolle bei der Aktiven Bürgerschaft spielen die Genossenschaftsbanken (BVR 2013a, 2013b). Sie sind nicht bloß die finanziellen Träger des Vereins, an den genossenschaftlichen Werten der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung (Pankoke 2000) orientiert sich auch das Handeln der Aktiven Bürgerschaft. Die Vorsitzenden des Vorstandes von Robert Baresel, über Dieter Pahlen und Rolf Kiefer bis Peter Hanker haben sich, ebenso wie die Kuratoriumsvorsitzenden von Eberhard Heinke über Christopher Pleister und Werner Böhnke, stets für die unabhängige und eigenverantwortliche Arbeit der Aktiven Bürgerschaft eingesetzt und damit die Grundlage für die fachliche Reputation gelegt.

Während in der deutschen Rezeption der Corporate Citizenship-Debatte im Allgemeinen von Unternehmen und Beratern der „business case“, also der Nutzen für das Unternehmen, und erst in zweiter Linie Beitrag für die Gesellschaft betont wird, hat es sich in der genossenschaftlichen FinanzGruppe weitgehend durchgesetzt, dass dies als alleiniger Maßstab für ein erfolgreiches Engagement nicht ausreicht. Im Gegenteil, der „business case“ setzt den „social case“, also den Nutzen für die Gesellschaft voraus. Jede Art von Engagement für die Gesellschaft erfährt ihre Legitimation, Akzeptanz und Anerkennung durch den gemeinwohlförderlichen Beitrag, der mit dem Engagement geleistet werden soll, nicht aufgrund der Tatsache, dass der Engagierte etwas davon hat (Nährlich und Polterauer 2008, Nährlich 2010).

Die Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Nutzen geht über den formalen Aspekt der Gemeinnützigkeit hinaus und wirft die Frage nach gesellschaftlichen Problemen und eigenen Lösungsbeiträgen auf. Dies stellt auch die Volksbanken und Raiffeisenbanken auf der Suche nach ihrer zeitgemäßen Rolle in der Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Dabei begünstigt die historische Entwicklung der Genossenschaftsbanken, die im 19. Jahrhundert als eine Antwort auf die sozialen Probleme der industriellen Revolution entstanden sind, das Verständnis für gesellschaftliche Fragen. Hier liegen neben pragmatischen Überlegungen wohl auch die Gründe, warum sich die Genossenschaftsbanken so frühzeitig und in innovativer Form mit dem Thema beschäftigt haben.

Ausblick

Mit der Förderung von Bürgerstiftungen in Deutschland hat die Aktive Bürgerschaft mit dazu beigetragen, dass sich eine nachhaltig wachsende und wirkende Engagementstruktur auf lokaler Ebene etablieren konnte. Neben dem Arbeitsbereich Bürgerstiftungen hat sich seit 2009 mit der Förderung von Bürgerengagement im schulischen Kontext ein weiteres wichtiges Arbeitsgebiet bei der Aktiven Bürgerschaft entwickelt. Service Learning gilt als ein Konzept, Lernen durch Erfahrung zu vertiefen und die Lernmotivation von Schülern zu verstärken. Bürgerschaftliches Engagement leistet dabei nicht nur einen wichtigen Bildungsbeitrag, ein in der Jugend begonnenes Engagement wirkt sich auch positiv auf die Engagementbereitschaft im weiteren Lebensverlauf aus. Während in den USA Service Learning seit den 1980er Jahren für die meisten Schülerinnen und Schüler zum Schulalltag gehört, ist dieser Ansatz in Deutschland an Schulen und Hochschulen noch kaum verbreitet (Schröten 2011, Backhaus-Maul und Roth 2013). Mit der von der genossenschaftlichen WGZ BANK geförderten Service Learning-Initiative „sozialgenial – Schüler engagieren sich“ unterstützt die Aktive Bürgerschaft Schulen im Bundesland Nordrhein-Westfalen bei der Entwicklung und Durchführung von Engagementprojekten. Durch die begleitende Wirkungsstudie liegen erstmals repräsentative Forschungsergebnisse über Service Learning an Schulen in Deutschland vor (Speck u.a. 2013, Bauer u.a. 2013). Service Learning fördert idealerweise so nicht nur individuelle Bildungschancen, sondern trägt auch dazu bei, dass sich bürgerschaftliche Tugenden und bürgerschaftliches Engagement nicht nur habitualisiert reproduzieren, sondern reflektiert entwickeln können und damit Demokratie und Bürgerengagement nachhaltig stärken.

Service Learning setzt, wie die Themen Bürgerstiftungen und Corporate Citizenship auch, an den privaten Beiträgen für das Gemeinwohl an und stellt die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Bürger. Im Selbstverständnis der Aktiven Bürgerschaft geht es dabei um eine Stärkung individueller Freiheit und gesellschaftlicher Partizipation. Hier liegt durchaus ein Interessenkonflikt zur staatlichen Engagementpolitik, die tendenziell im bürgerschaftlichen Engagement in erster Linie eine kluge Taktik sieht, um in Zeiten knapper öffentlicher Kassen brachliegende Ressourcen zu aktivieren. Die Aktive Bürgerschaft hat dies im Allgemeinen und in Bezug auf den Bundesfreiwilligendienst kritisiert (Backhaus-Maul u.a. 2011, 2012).

In diesem Sinne orientiert sich die Arbeit der Aktiven Bürgerschaft an dem Anspruch, den Annette Zimmer seinerzeit bei der Gründung des Vereins formulierte: „Der Bürger als Mitglied von Gemeinschaft und Zivilgesellschaft rückt derzeit ins Zentrum zukunftsweisender Konzepte und Überlegungen von Politik und Wissenschaft. Genau an der Schnittstelle zu den aktuellen gesellschaftspolitischen Zukunftsentwürfen ist die Initiative ‚Aktive Bürgerschaft‘ der genossenschaftlichen Organisationen in Nordrhein-Westfalen zu verorten. Mit ihrem Aktionsprogramm im Dienst einer aktiv gestaltenden Partizipation von Bürgern und Bürgerinnen wird die Initiative nachhaltig zur Erneuerung der Gesellschaft von unten beitragen.“ (Aktive Bürgerschaft 1999: 36).

Literaturhinweise

Arbeitskreis Nonprofit-Organisationen (Hg.), 2008. Nonprofit-Organisationen im Wandel. Ende der Besonderheiten oder Besonderheiten ohne Ende? Frankfurt/Main.

Aktive Bürgerschaft (Hg.), 2013a. Diskurs Bürgerstiftungen. Was Bürgerstiftungen bewegt und was sie bewegen. Berlin.

Aktive Bürgerschaft (Hg.), 2013b. Faktenblatt Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends, Berlin.

Aktive Bürgerschaft (Hg.), 1999. Jahresbericht 1998. Münster.

Anheier, H. K.; Seibel, W. (Hg.), 1990. The Third Sector. Comparative Studies of Nonprofit Organizations. Berlin.

Anheier, H. K.; Priller, E.; Seibel, W.; Zimmer, A. (Hg.), 1997. Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Markt und Staat im gesellschaftlichen Wandel. Berlin.

Backhaus-Maul, H.; Nährlich, S.; Speth, R., 2011. Der diskrete Charme des neuen Bundesfreiwilligendienstes. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 48, S. 46 – 53.

Backhaus-Maul, H.; Nährlich, S.; Speth, R., 2012. Denkschrift Bürgergesellschaft. Berlin.

Backhaus-Maul, H.; Roth, C., 2013. Service Learning an Hochschulen in Deutschland: Ein erster empirischer Beitrag zur Vermessung eines jungen Phänomens. Wiesbaden.

Bauer, U.; Drucks, S., 2013. Gelingensbedingungen von Service Learning an Schulen. Forschungsbericht zu den Fallstudien über sozialgenial-Schulprojekte. Essen.

Biedermann, C., 2000. Was heißt Freiwillige managen? Grundzüge des Freiwilligen-Managements. In: S. Nährlich; A. Zimmer (Hg.). Management in Nonprofit-Organisationen. Eine praxisorientierte Einführung. Opladen.

BVR (Hg.), 2013a. Starke Partner. Jahresbericht 2012 des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken. Berlin.

BVR (Hg.), 2013b. Selbst ist die Bank. Bericht über das gesellschaftliche Engagement der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken 2012. Berlin.

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Hg.), 2002. Bericht Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen.

Hellmann, B.; Grabsch, A., 2014. Bürgerstiftungen: mitStiften! Mit Geld, Zeit, Ideen. In: Aktive Bürgerschaft (Hg.): Blickpunkt Aktive Bürgerschaft 2014/2015. Berlin, S. 13 – 15.

Klenke, D., 2008. Schwarz – Münster – Paderborn. Ein antikatholisches Klischeebild. Münster.

Nährlich, S., 1998. Innerbetriebliche Reformen in Nonprofit-Organisationen. Das Deutsche Rote Kreuz im Modernisierungsprozeß, Wiesbaden.

Nährlich, S.; Strachwitz, R.; Hinterhuber, E.; Müller, K. (Hg.), 2005. Bürgerstiftungen in Deutschland – Bilanz und Perspektiven. Wiesbaden.

Nährlich, S.; Polterauer, J., 2008. Corporate Citizenship: Funktion und gesellschaftliche Anerkennung von Unternehmensengagement in der Bürgergesellschaft. In: I. Bode; A. Evers; A.

Klein (Hg.): Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland. Berlin, S. 145 – 171.

Nährlich, S., 2010. Euphorie des Aufbruchs und Suche nach gesellschaftlicher Wirkung. In: H. Backhaus-Maul; C. Biedermann; S. Nährlich; J. Polterauer (Hg.): Corporate Citizenship in Deutschland. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen. Bilanz und Perspektiven. Wiesbaden, S. 601 – 611.

Pankoke, E., 2000. Freie Assoziationen – Geschichtliche Prämissen und gesellschaftliche Perspektiven moderner Genossenschaften. In: A. Zimmer; S. Nährlich (Hg.). Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven. Opladen, S. 189 – 211.

Priller, E.; Zimmer, A. (Hg.), 2001. Der Dritte Sektor international. Berlin.

Reese, J., 1987. Die gesellschaftliche Bedeutung des Dritten Sektors, in: AG Verwaltungsforschung (Hg.). Tagungsband zum Kongreß: „Der Dritte Sektor zwischen Markt und Staat“ vom 30.09.1987 – 02.10.1987 in Kassel, Kassel, S. 1 – 15.

Sachße, C.; 1994. Subsidiarität: Zur Karriere eines sozialpolitischen Ordnungsbegriffes. In: Zeitschrift für Sozialreform, Nr. 11, S. 717 – 738.

Schauer, R.; Anheier, H. K.; Blümle, E. (Hg.), 1995. Nonprofit-Organisationen (NPO) – dritte Kraft zwischen Markt und Staat? Ergebnisse einer Bestandsaufnahme über den Stand der NPO-Forschung im deutschsprachigen Raum. Linz.

Seibel, W., 1992. Funktionaler Dilettantismus. Erfolgreich scheiternde Organisationen im „Dritten Sektor“ zwischen Markt und Staat, Baden-Baden. Zugl. Kassel, Gesamthochsch., Habil.-Schr., 1988 u.d.T.: Seibel, Wolfgang.

Schröten, J., 2011. Service Learning in Deutschland. Ein Überblick. In: Aktive Bürgerschaft (Hg.): Diskurs Service Learning. Unterricht und Bürgerengagement verbinden. Berlin, S. 13 – 24.

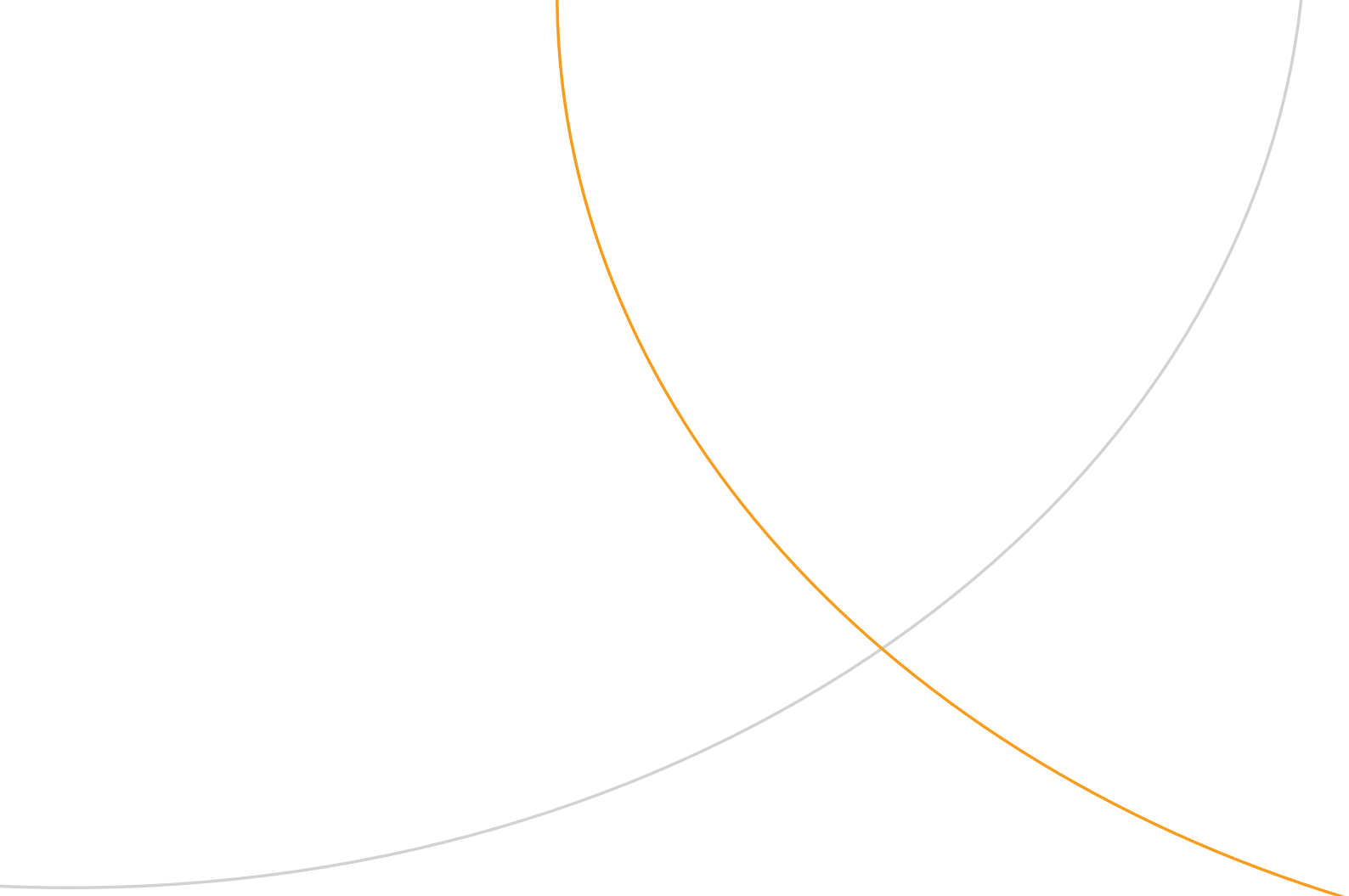
Speck, K.; Ivanova-Chessex, O.; Wulf, C., 2013. Service Learning an Schulen. Forschungsbericht über eine repräsentative Befragung von Schülern aus sozialgenial-Schulprojekten in Nordrhein-Westfalen, Oldenburg.

Wannow, B., 2014. Förderpreis Aktive Bürgerschaft: Gut gemacht! In: Aktive Bürgerschaft (Hg.): Blickpunkt Aktive Bürgerschaft 2014/2015. Berlin, S. 16 – 18.

Wolf, A.; Zimmer, A., 2012. Lokale Engagementförderung: Kritik und Perspektiven. Wiesbaden. Worldwide Initiatives for Grantmaker Support – WINGS (Eds.), 2010. Community Foundation Global Status Report, Manila.

Zimmer, A., 1996. Vereine – Basiselemente der Demokratie. Eine Analyse aus der Dritte-Sektor-Perspektive. Opladen

Zimmer, A.; Priller, E., 2005. Der Dritte Sektor im aktuellen Diskurs. In: K. Birkhölzer; A. Klein; E. Priller; A. Zimmer (Hg.): Dritter Sektor/Drittes System. Theorie, Funktionswandel und zivilgesellschaftliche Perspektive. Wiesbaden, S. 49 – 70.



Die Aktive Bürgerschaft engagiert sich für eine gerechte und leistungsfähige Bürgergesellschaft. Privates Engagement für das Gemeinwohl soll staatlichem Handeln vorausgehen. Wir wollen deshalb bürgerschaftliches Engagement und gemeinnützige Organisationen nachhaltig stärken.

Wir machen innovative Engagementkonzepte praxistauglich und setzen sie mit Partnern bundes- oder landesweit um. Aktive Bürgerschaft – Gutes besser tun!

Der gemeinnützige Verein Aktive Bürgerschaft ist das Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der Volksbanken Raiffeisenbanken. Unser Handeln orientiert sich an den genossenschaftlichen Werten der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung.

www.aktive-buergerschaft.de



Aktive Bürgerschaft: Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

